

Das Hauptproblem der SPD ein Jahr vor der Wahl ist rasch benannt: Es gibt keine spürbare Wechselstimmung im Lande. Gerade wegen und nicht trotz der angstbesetzten Dauerkrise um den Euro, fügen Meinungsforscher gern hinzu; und obwohl Union und FDP den verheerenden Eindruck politischer Zerrissenheit nicht mehr loszuwerden scheinen. Die Opposition konnte bislang daraus auf Bundesebene kaum einen Nutzen ziehen. Denn die Kanzlerin hat in sieben Jahren Kanzlerschaft den politischen Gegner weitgehend „dehydriert“, so Christoph Schwenicke: „Wie Dörripflaumen sahen Grüne und SPD phasenweise aus, Dörripflaumen, denen Merkel alle lebenswichtigen Themen weggeriegt hat.“

Das rote Europa-Dilemma: Mit Merkel gegen Merkel

Mit welchen Argumenten will sich die SPD dem mutmaßlich ersten Wahlkampfthema stellen, wie wir aus der Euro-Krise wieder herauskommen können und wer dafür die Rechnung bezahlen muss? Glaubwürdig ist hierbei nur, wer die vermutlich kaum aufzuhaltende Vergemeinschaftung von Schulden an rigorose Haushaltskontrollen knüpft. Die Sozialdemokraten befinden sich in einem Europa-Dilemma, mit der Regierung die Rettungspakete parlamentarisch durchgewinkt zu haben, weshalb sie für den Fall einer Kehrtwende auch ziemlich unglaubwürdig dastünden. Doch auch ohne Umkehr hat der Partei die verantwortungsbewusste Unterstützung von Mer-

kels Rettungskurs keine Vertrauensboni eingebracht.

Im Gegenteil. Beim „Deutschlandtrend“ in der ARD im August erzielt die SPD bei der Frage, wer die Euro-Krise eher in den Griff bekomme, magere siebzehn Prozent gegenüber zweiundvierzig Prozent für die Union. Sechsenddreißig Prozent trauen es keiner Partei zu. Andere Zahlen sehen noch finsterner aus. Etwa die von Forsa, wonach lediglich ein Viertel unserer Bevölkerung überhaupt noch Vertrauen in die Volksvertreter im Reichstagsgebäude hegt. Über achtzig Prozent halten sie sogar wegen der dramatischen aktuellen Probleme schlicht für überfordert. Die SPD stellt dabei als größte Oppositionspartei keine Ausnahme dar, sondern ist vielmehr Teil des Problems.

In der Not, das gewordene Europa in seiner Krisenanfälligkeit kaum noch couragiert vor dem Volk rechtfertigen zu können, nimmt nunmehr die Parteintel- lektuelle der SPD Gesine Schwan im *Cicero* Bundespräsident Joachim Gauck in die Pflicht, um dessen Amt sie sich zweimal vergeblich beworben hatte. Er möge über das ängstliche Wahltaktieren der Parteien hinaus „eine ‚eigene‘ andere Geschichte über Vergangenheit, aktuelle Krise und die Zukunft Europas sowie die Rolle Deutschlands darin erzählen [...] Eine Geschichte über die Euro-Krise, die Verantwortung, Leichtfertigkeit und Vorteile in der Vergangenheit [...] würde auch eine europäische Haftungs- und Transferunion für die Zukunft plausibler machen.“

Auch mit ihrem Mut beim Themenkomplex Euro-Bonds, Haftungsgemeinschaft und Abtritt nationaler Souveränitätsrechte dürfte die SPD kaum Vorteile für sich herausholen, auch wenn sie immerhin in einem intellektuellen Verzweiflungsakt die Sozialphilosophen Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin und den „weisen“ Arbeitsökonom Peter Bofinger für ein pro-europäisches Solidaritätspapier gewinnen konnte. Mit solchem Bekennermut läuft die SPD sogar Gefahr, Wählerprügel für die unpopuläre Idee einer Haftungsunion einstecken zu müssen, ehe diese in der nächsten Legislaturperiode auch unter einer CDU-Kanzlerin Gestalt anzunehmen droht.

Auch wenn die SPD bei mehreren Landtagswahlen seit 2009 von den selbstdestruktiven Erscheinungen der Partei „Die Linke“ profitieren konnte, ändert dies nichts an der Tatsache, dass das Unbehagen in der Bevölkerung an den europäischen Rettungsschirmen (ESM, EFSM) weiterhin auf keine ernst zu nehmende parlamentarische Stimme oder Repräsentanz jenseits der Linkspartei bauen kann. Das ist vor allem aus der Sicht von SPD-Linken bitter, die allzu gern in diese Lücke vorpreschen würden, um sich mit Merkmals Sparplänen anzulegen.

Zudem steckt die SPD in einem weiteren, einem Agenda-Dilemma. Sie kann von den unbestreitbaren Erfolgen der alten Schröder-Politik nicht profitieren, weil sie sich ihretwegen mehr schämt, als dass sie stolz darauf wäre. Schlimmer noch: Der Aufwuchs prekärer Beschäftigungsverhältnisse mit dem Druck gegenüber Arbeitslosen, billige und unterqualifizierte Jobs anzunehmen, wird trotz einiger Nachbesserungen beim Arbeitslosengeld und bei Hartz IV nach wie vor Schröders tief greifender Zäsur angelastet, die zu einem Mitgliederschwund geführt hat. „Nie wieder darf eine sozialdemokratische Partei den Wert der Arbeit infrage stellen“, nahm Sigmar Gabriel in seiner

viel umjubelten Rede auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 Abstand von der Arbeitsmarktreform.

Was macht die SPD besser als die Konkurrenz?

Alle Versuche der SPD, mit eigenen Themen zu punkten, haben bislang nicht gezündet. Der Partei fehlt ein Alleinstellungsmerkmal. Selbst dort, wo sie gefällige Politik für ein linksliberales Milieu macht, sind die Grünen längst ernsthaftere Konkurrenten geworden, weil sie häufig weniger etatistische und klientelorientierte Lösungen versprechen. Hier spielt der unter Gabriel wieder demonstrativ gepflegte Schulterschluss mit den Gewerkschaften eine besonders negative Rolle. Erst jüngst wurde in der *Frankfurter Rundschau* darüber geklagt, dass die personelle Erneuerung der SPD – vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Renten – ins Stocken geraten sei. Nachfolger von Walter Riester, Franz Müntefering oder Ulla Schmidt seien nicht in Sicht. „Längst geben Vertreter der Gewerkschaften, die stets gegen die Rente mit 67 und andere Reformen kämpften, in den Expertenzirkeln den Ton an.“

Der Parteichef hat nun in seiner sommerlichen Babypause mit einer atemberaubenden Vorschlagsoffensive das Themenfeld seiner Partei zu stoppen versucht, löste aber im Übereifer ungewollt die eher belustigende Debatte aus, ob Elternzeit nach Gabriel noch zeitgemäß sei. Sein Bankenpapier – Titel: „Eine Minderheit schadet der Mehrheit und dem ganzen Land“ – enthielt nicht viel Neues, avancierte aber dennoch wegen der klaren Aussprache zum Sommerhit im Willy-Brandt-Haus: „Banken erpressen die Staaten“ – „Banken zocken ihre Kunden ab“ lauten die reißerischen Titel gegen die dämonisierte Finanzwelt. Deshalb Jürgen Trittin vom grünen Wunschpartner Gabriels Feldzug auch kritisch kommentierte: „Die Banken stehen nicht

zur Wahl.“ Beim Thema Bankenregulierung gelten beide großen Parteien ohnehin nicht als sehr glaubwürdig. Denn Rot-Grün trieb unter Schröder in Zeiten der *New Economy* die Deregulierung munter voran, während diese der Union seinerzeit nicht weit genug gegangen war.

Ein Wahlkampfslager dürfte auch das Thema Vermögensteuer kaum werden, obwohl es die Partei in eine Kampagne mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Aktionsgruppen eingebracht hat. Dabei blieb aber offen, ob es sich um eine befristete oder echte Vermögensteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder um eine Erbschaftsteuer handelt.

Zudem kann die Partei nicht davon ausgehen, dass die CDU nach ihrem enttäuschenden Abschneiden mit den neoliberalen Thesen von Paul Kirchhof im Jahre 2005 noch einmal geneigt sein könnte, das Thema soziale Gerechtigkeit der SPD zu überlassen. Das heißt: So oder so ist mit einer Regulierung des Finanzsektors und höheren Steuern zu rechnen. Den Leistungsfähigsten wird künftig mehr abverlangt, ganz gleich unter welchem/welcher Kanzler/Kanzlerin. Doch wenn zwei das gleiche Unpopuläre wollen, gewinnt meist nicht das reine Original, sondern die moderatere Kopie.

Das alte Leid: Regierung und Opposition gleichzeitig spielen

Auch beim häufig wahlentscheidenden Thema Rente wurde die SPD von Ursula von der Leyens Konzept einer Zuschussrente auf dem falschen Fuß erwischt.

So ist das Thema „Rente mit 67“ in der SPD hochgradig negativ symbolisch besetzt, seit eine Basisstudie herausgefunden hat, dass der Aderlass von Stammwählern bei der letzten Bundestagswahl 2009 auf Hartz IV, die endlosen Bündnisdebatten und die Einführung einer Rente mit 67 zurückgeführt werden müsse. Nach der Verlängerung des Ar-

beitslosengeldes I und Lockerungen bei Hartz IV ging es einem Großteil der Partei nur noch darum, neben Schröders verhasster Agenda auch Munteferings Rentenreform loszuwerden.

Dagegen fordert die Parteilinke nunmehr, dass die „Lebensstandard-Sicherung“ statt der zunächst geplanten Senkung des Rentenniveaus (von einundfünfzig auf dreiundvierzig Prozent) ganz oben auf der Wahlkampf-Agenda stehen möge. Gabriel jedoch hält die Einführung einer Solidarrente und die Abkehr von der Rente mit 67 für finanziell nicht machbar.

Ebenso versucht die Partei händelnd mit einem weiteren populismusverdächtigen Thema zu punkten, dem gerade in Krisenzeiten symbolisch besetzten Kampf gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz und dem Kauf von Steuer-CDs. Gegen die Warnung der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Rechtsstaat dürfe nicht zu rechtswidrigem Handeln aufrufen und mit Prämien zu Straftaten ermuntern, versuchen Gabriel und Andrea Nahles nunmehr ein Fass aufzumachen, getreu der Devise: Wer angebotene CDs ausschlägt, schützt Steuerbetrüger und macht sich seinerseits wegen Unterlassung strafbar.

Doch gerade auf dem Feld der Rechts- und Innenpolitik ist es der SPD in dieser Legislaturperiode kaum gelungen, den Antagonismus zwischen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und der liberalen Justizministerin für sich zu nutzen. Auch hier wirkt die Partei ein wenig gelähmt, nachdem sie unter den einstigen Ministern Otto Schily und Brigitte Zypries ihrerseits eine „Law-and-Order“-Politik betrieben hat und heute der liberalen Ministerin in ihrem Dauerstreit mit der CSU keine Schnitte gönnt.

Bei welchem Thema auch immer – es offenbart sich das alte Leid der SPD, Regierung und Opposition gleichzeitig spielen zu wollen und sich diese Diffe-

renz als visionäre Spannung aus Anspruch und Wirklichkeit schönzureden. Eine Partei kann aber nicht mit Glaubwürdigkeitsboni oder neuem Vertrauen rechnen, wenn sie in der Opposition opportunistisch abräumt, was sie zuvor in der Regierung an noch so unpopulärer Politik durchsetzen wollte.

Der Streit um die K-Frage ist ein Verlegenheitskarussell

Die Kandidatenfrage ist längst in ihr Gegenteil umgeschlagen. Was anfangs wie ein breites Angebot aussah, scheint heute nur noch ein Verlegenheitskarussell. Das zunächst eisern verteidigte Datum der Entscheidung – nach der Niedersachsenwahl im Januar 2013 – dürfte kaum noch einzuhalten sein.

Kurt Kister konstatierte trocken in der *Süddeutschen Zeitung*: „Einen Merkel-Bonus gibt es offenbar. Ein Trittin-Faktor oder ein Gabriel-Plus ist nicht wahrzunehmen“ (7./8. Juli 2012). Aber gerade in Pattsituationen pflegen Persönlichkeitsfaktoren auf der Schlussgeraden einer Wahl den spielentscheidenden Ausschlag zu geben.

Zwar hat Sigmar Gabriel als Parteichef das erste Vorschlagsrecht, doch er selbst ist kein Publikumsrenner. Umgekehrt ist der demoskopisch weit höher gehandelte Ex-Finanzminister Peer Steinbrück ein „rotes Tuch“ für jene Funktionäre, die die Schröder-Ära immer noch als eine desaströse Mischung aus Betriebsunfall und Traditionsabbruch in der Parteigeschichte auffassen.

Der „natürliche“ Spitzenkandidat als parlamentarischer Gegenspieler der Kanzlerin wäre mit Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier der Verlierer der letzten Wahl mit dem Katastrophenergebnis von dreißig Prozent. Der zwar solide, aber auch wenig mitreißende Steinmeier repräsentiert den momentan dominanten sozialdemokratischen Siegertypus des verlässlichen, aber auch drögen Spit-

zenbeamten à la François Hollande. Dieser Typus hat sich unter den norddeutschen SPD-Regierungschefs Olaf Scholz in Hamburg, Jens Böhrnsen in Bremen, Torsten Albig in Schleswig-Holstein und Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt und besitzt mit Stephan Weil in Niedersachsen ebenfalls gute Chancen, im Frühjahr 2013 zu reüssieren.

Als rhetorisch emotionalisierend, aber inhaltlich unstet gilt dagegen Parteichef Gabriel, der bislang noch in jedem Wahlkampf für einen Überraschungscoup gut war: 2003 machte er als niedersächsischer Ministerpräsident Wahlkampf gegen seinen eigenen Kanzler; 2005 ging er als landespatriotischer VW-Freund in den Wahlkampf, um am Ende als Schadstoffbegrenzungsexperte im Umweltministerium zu landen. Schließlich führte er 2009 einen aussichtslosen Privatwahlkampf gegen die grüne Partei um die Kompetenz beim Atomausstieg. Doch mit dem polarisierenden Drive, den er dabei an den Tag legte, sicherte er sich zumindest den Vorsitz seiner damals im Tal der Depressionen vor sich hin dümpelnden Partei. Bei Gabriel macht mehr der Ton die Musik und weniger die eigentliche Botschaft. Ein niedersächsischer Abgeordneter von den SPD-Netzwerkern: „Gott bewahre, dass der Kanzler wird [...] Der ist unseriös, kommt nicht sympathisch rüber.“

Bliebe als Geheimwaffe NRW-Landeschefin Hannelore Kraft, die mit ihrem „Mensch, Mutti!“-Image in einer historisch günstigen Konstellation ein herausragendes Resultat für die SPD erzielen konnte. Ihr würden aber aufgrund fehlender außenpolitischer Kompetenzen kaum Chancen gegen Angela Merkel eingeräumt, zumal sie zu einer Kandidatur erst noch vergattert werden müsste. Doch dies bekam schon ihrem großen Vorbild im Amt des NRW-Ministerpräsidenten, Johannes Rau, nicht, als dieser 1986/87 Helmut Kohl herausforderte und ihm die

Unlust an der Kanzlerkandidatur auf Schritt und Tritt anzumerken war.

Eine Zeit lang sah es so aus, als litten Sozialdemokraten in der K-Frage weniger unter der Qual der Wahl als unter dem Modus der Findung. So ließen sich die deutschen Genossen auch nicht von ihren französischen Brüdern und Schwestern beeindrucken, als diese mit überzeugendem Beispiel vorangegangen waren und auch Nichtmitglieder zur Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten willkommen hießen.

Die SPD denkt bei der ewigen Forderung Willy Brandts, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, an sich selbst zuletzt. Alle plebiszitären Versuche sind an einer starrköpfigen Funktionärswelt gescheitert, die hinter der Bestimmung des Merkel-Rivalen im Rahmen einer Basiswahl die parteischädliche Einflussnahme der offenbar nur noch konspirativ wahrgenommenen Medien witterten.

Doch selbst ein Medienliebling wie Peer Steinbrück hatte noch 2011 verlauten lassen, man werde sich doch im kleinen Kreis auf einen Kandidaten einigen können, was der Parteiintellektuelle Gert Mielke als „unselige Oligarchisierungs- und Warlord-Tendenzen bei der Führungsauslese der Sozialdemokraten“ geißeln sollte. So viel scheint sicher: Bei einer Basiswahl hätte eine Kandidatin Hannelore Kraft die besten Chancen, zumal sich eine aussichtslos ins Rennen gehende SPD von ihr eine Herzblut-Agenda erhoffen könnte mit Themen, die Gerhard Schröder einst als „Gedöns“ abtat.

Nur dünne machtstrategische Optionen

Auf den ersten demoskopischen Blick hat die SPD derzeit nur geringe Chancen, Ende 2013 den Kanzler zu stellen. Es dürfte weder für Schwarz-Gelb noch für Rot-Grün zu einer absoluten Mehrheit reichen. Nur wenn die Piraten und die

Linke gleichzeitig – nach einer rasanten Wählerückholaktion von SPD und Grünen – den Einzug in den Bundestag verfehlten, könnte eine Neuauflage der Koalition von 1998 bis 2005 mit einer knappen Mehrheit rechnen.

Da Rot-Grün längst kein Liebesbündnis mehr darstellt, ist für den Fall, dass es 2013 nicht reichen sollte, aufseiten der Ökopartei mit neuen Debatten um eine größere Äquidistanz zu den großen Parteien zu rechnen. Andere Konstellationen – wie die Tolerierung von Rot-Grün durch die Piraten oder ein Ampelbündnis mit gerade noch davongekommenen Liberalen – gelten als wenig realistisch, von den jüngsten vergifteten Offerten der Linkspartei an die SPD gar nicht erst zu reden. Wahrscheinlicher ist eine neue Große Koalition, für die Kanzlerin eine glückliche Fügung, für die SPD-Basis der reine Horrortrip.

Es hängt 2013 viel vom Abschneiden der SPD ab. Vor allem die Frage, ob die europäische Sozialdemokratie noch eine Zukunft hat. Von der weltweiten Krise des Finanzkapitalismus hat sie kaum profitiert, die erhoffte Rückbesinnung auf ihre Prinzipien blieb aus, während sich die Konservativen vom desaströsen Scheitern neoliberaler Konzepte schneller erholt haben als zunächst gedacht. Nach der französischen Präsidentschaftswahl im Mai schrieb Soledad Gallego-Díaz in *El País*, das entscheidende Match um die Zukunft der Sozialdemokratie finde nicht im Elysée, sondern 2013 in Deutschland statt: „Wenn es der alten SPD nicht gelingen sollte, die katastrophalen Wahlergebnisse von 2009 zu korrigieren, wenn sie es nicht schaffen wird, eine Regierung zu bilden [...], werden die Träume anderer sozialdemokratischer Parteien, in der Europäischen Union einen Politikwechsel und ein Wiederaufbau der demokratischen Linken zu befördern, einen vernichtenden Schlag erleiden.“